

### A.1.15

## Änderungsantrag zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages,  
MdL Julia Bonk

---

1. Antrag A1.15:

Streichung des Satzes in den Zeilen 185 bis 187  
*„Würden die Aufträge [...] stärken.“*

---

### **Begründung:**

Der Satz erzeugt einen Eindruck von Regionalprotektionismus, der sich mit dem Ansinnen des Programms, ein Angebot für ein weltoffenes Sachsen zu unterbreiten, nicht vereinbaren lässt. Der Text leidet nicht darunter, wenn man den Satz beiseite lässt. Daher plädieren wir für Streichung.

#### **Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**

**Abgelehnt:**

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

2. Antrag A1.15:

Streichung des Wortes in der Zeile 207

*„Innovationsgutschein“  
und Ersetzung durch*

***„staatlich und gewerkschaftlich gemeinsam getragenen Kompetenztransferzentren“***

---

### **Begründung:**

Mit Innovationsgutscheinen war wohl gemeint, dass man Fördermittel für Forschung und Entwicklung zweckgebunden an Unternehmen auszuschütten. Viele kleine und mittelständische Unternehmen sind jedoch nicht in der Lage, eigene Forschungsarbeit zielgerichtet zu leisten und wären so von entsprechenden Fördermitteln abgeschnitten. Viel eher wäre für das Ziel, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, das Konzept von Kompetenztransferzentren geeignet. In solchen, von Staat und Gewerkschaften gemeinsam getragenen Zentren, könnten sich Akteure in Clustern selbstorganisiert zusammenschließen, Netzwerke bilden, sowie Kompetenz und Wissen im gegenseitigen Nutzen austauschen. Dieses Konzept wurde bereits in

der LINKEN. Brandenburg diskutiert und stellt unseres Erachtens nach eine zielgerichtete Innovationsförderung dar zweckgebundene Förderungen.

|                                     |                          |  |
|-------------------------------------|--------------------------|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b> |                          |  |
| <b>Angenommen:</b>                  | <input type="checkbox"/> | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür:                      | _____                    | dagegen: _____ Enthaltungen: _____         |
| Bemerkungen:                        | _____                    |  |

---

3. Antrag A1.15:

Streichung des Satzes in den Zeilen 242 bis 243

„Wir wollen sie [...] begrenzen“

und Ersetzung durch

**„Wir wollen sie zugunsten regulärer Beschäftigung abschaffen. Auch die Abschaffung der Leiharbeit gehört für uns dazu.“**

---

**Begründung:**

Zu Recht kritisiert DIE LINKE seit langem die Prekären Beschäftigungsverhältnisse von Leiharbeitern. Ungesicherte, schlecht bezahlte Beschäftigung ohne lang- oder mittelfristige Perspektive ist für unsere Partei nicht tragbar. Unvermittelbar ist deshalb eine Position, die Leiharbeit lediglich begrenzen will. Wir müssen eintreten für eine konsequente Abschaffung von Beschäftigung in Leiharbeit zu Gunsten tariflich gesicherter, langfristiger und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse. Daher ist dieser Satz zu ersetzen.

|                                     |                          |  |
|-------------------------------------|--------------------------|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b> |                          |  |
| <b>Angenommen:</b>                  | <input type="checkbox"/> | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür:                      | _____                    | dagegen: _____ Enthaltungen: _____         |
| Bemerkungen:                        | _____                    |  |

---

4. Antrag A1.15:

Streichung der Formulierung in der Zeile 293

„durch sächsische Hochschulabsolventinnen und -absolventen“

---

**Begründung:**

Es ist nicht zu erklären, warum Unternehmensnachfolgen kleiner und mittelständischer Unternehmen lediglich durch sächsische HochschulabsolventInnen zu sichern ist. Unser Ziel ist, Unternehmensnachfolgen grundsätzlich zu sichern, ganz egal, wo AbsolventInnen ihren Abschluss erworben haben oder ob sie überhaupt über einen Hochschulabschluss verfügen. Gerade in kleinen und handwerklichen Unternehmen ist ein solcher Abschluss überhaupt nicht erforderlich. Von daher ist auf eine solche Ausführung ersatzlos zu verzichten.

|   |  |
|---|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b>                     |  |
| <b>Angenommen:</b> <input type="checkbox"/>             | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____ |  |
| Bemerkungen: _____                                      |  |

---

5. Antrag A1.15:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 810  
„Gebührenfreies Studium bis zum Master“  
durch  
„**Gebührenfreies Studium – ein Leben lang**“

---

**Begründung:**

Natürlich ist die Forderung richtig, dass auch das Masterstudium im Anschluss des Bachelorstudiums gebührenfrei sein muss, allerdings verkürzt die bisherige Aussage die Forderung derart, dass sie mehr als missverständlich ist. So lässt die bisherige Formulierung andere Abschlussarten vollkommen beiseite: sowohl die weitergeführten Diplomstudiengänge, Staatsexamen oder auch die strukturierte DoktorandInnenausbildung. Es steht außer Frage, dass DIE LINKE auch für diese Studiengänge keine Studiengebühren verlangen will, nur muss sie dies auch so schreiben. Deshalb ist hier die Forderung nach einem lebenslangen gebührenfreien Studium wieder aufzugreifen.

|   |  |
|---|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b>                     |  |
| <b>Angenommen:</b> <input type="checkbox"/>             | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____ |  |
| Bemerkungen: _____                                      |  |

6. Antrag A1.15:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 815

„bis zum Master“

durch

„**ein Leben lang**“

**Begründung:**

Die Änderung ergibt sich aus der Änderung in Zeile 810. DIE LINKE setzt sich nicht nur für einen Hochschulzugang ohne Zugangsbeschränkung für Bachelor- und Masterstudierende ein, sondern für alle und muss das auch so schreiben.

|   |  |
|---|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b>                     |  |
| <b>Angenommen:</b> <input type="checkbox"/>             | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____ |  |
| Bemerkungen: _____                                      |  |

---

7. Antrag A1.15:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 826

„zu Schulzeiten, einen gezielten Beratungsausbau“

durch

„**in Schule und Hochschule, einen gezielten Betreuungsausbau**“

**Begründung:**

Bessere Studienberatung ist nicht nur in der Schule, sondern auch in der Hochschule notwendig. Dies sollte eine Kernforderung sein. Allerdings kann diese Beratung nicht, wie im folgenden Teilsatz vermittelt, in Tutorien, also in Gruppenbetreuung stattfinden, sondern nur im individuellen Angebot, da jedeR Studierende anderen Beratungsbedarf hat. Einer verbesserten Betreuung in Tutorien steht jedoch nichts entgegen. Diese sollte durch diese Formulierung auch so im Programm erhalten bleiben.

|   |  |
|---|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b>                     |  |
| <b>Angenommen:</b> <input type="checkbox"/>             | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____ |  |
| Bemerkungen: _____                                      |  |

8. Antrag A1.15:

Einfügung in Zeile 831:

**„Gemeinsam mit Studierenden heißt auch, im Interesse für die Studierenden. Im Sinne einer verbesserten Lehre wollen wir deshalb auch die verpflichtende Erwachsenenpädagogische und Hochschuldidaktische Weiterbildung für DozentInnen einführen.“**

---

Begründung:

Bessere Lehre erreicht man nicht nur durch ein verbessertes Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden, sondern natürlich auch durch eine qualitative Verbesserung der Lehre durch eine entsprechende didaktische Weiterbildung von DozentInnen, in der Vermittlungsformen für die Lehre und Grundsätze der Lehrinhaltsaufbereitung vermittelt werden.

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**  **Abgelehnt:**

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

---

9. Antrag A1.15

In Zeile 864 bis 865

*„Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und des wissenschaftlichen Mittelbaus sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und Studentenwerke“*

Ersetze durch:

**„die umfassende Demokratisierung der Hochschulen durch stärkere Mitbestimmung von Studierenden und wissenschaftlichen Mittelbau sowie stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und Studentenwerke“**

---

**Begründung:**

Die Demokratisierung des Hochschulraumes ist ein Gesamtprojekt, welches als solches genannt und anschließend erläutert werden muss. Trennt man die Forderungen auf, so entsteht automatisch die Frage, warum lediglich zwei der Mitgliedergruppen einen erhöhten Einfluss erhalten soll. Durch diese Formulierung entsteht also ein Projektcharakter.

**Entscheidung des Parteitages**

**Angenommen:**  **Abgelehnt:**

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_

10. Antrag A 1.15

Einfügen auf Zeile 875:

**„Darüber hinaus treten wir für tarifvertragliche Regelungen für Studentische Beschäftigte an den Hochschulen ein.“**

---

**Begründung:**

Die Forderung nach tariflicher Regelung studentischer MitarbeiterInnen ist richtig. Allein: Die Stelle im Text war falsch. Nichts spricht dagegen, die studentischen Beschäftigten im Rahmen der Tarifregelungen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen zu nennen. Da gehört es auch hin.

|                                     |                          |  |
|-------------------------------------|--------------------------|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b> |                          |  |
| <b>Angenommen:</b>                  | <input type="checkbox"/> | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür: _____                | dagegen: _____           | Enthaltungen: _____                        |
| Bemerkungen: _____                  |                          |  |

---

11. Antrag A 1.15

In Zeile 882/883:

Streichen des Satzes „Wir treten für tarifvertragliche ... an den Hochschulenein“

---

**Begründung**

Ist ersetzt durch 10. Antrag A 1.15

|                                     |                          |  |
|-------------------------------------|--------------------------|--|
| <b>Entscheidung des Parteitages</b> |                          |  |
| <b>Angenommen:</b>                  | <input type="checkbox"/> | <b>Abgelehnt:</b> <input type="checkbox"/> |
| Stimmen dafür: _____                | dagegen: _____           | Enthaltungen: _____                        |
| Bemerkungen: _____                  |                          |  |